



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender des Petitionsausschusses
Mitglied im Haushaltsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

MdB Hagemann: Kurzfristige Maßnahmen auf B9 ergreifen

MdB Hagemann trifft Bürgerinitiative in Oppenheim

*Nierstein-Oppenheim-Dienheim-Ludwigshöhe, 1.
April 2005*

Der Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann (SPD) hat in der Diskussion um mögliche Verkehrsverlagerungen infolge der Lkw-Maut Sofortmaßnahmen auf der B9 gefordert. „Auf der Basis des geltenden Rechts bestehen einige Handlungsmöglichkeiten für die Landesstraßenbauverwaltungen und für das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium, um bei unzumutbaren Belastungen die Ausweichstrecken für den Schwerverkehr unattraktiv zu machen“, sagte Hagemann. Diese Möglichkeiten sollten nun umgehend vom Land genutzt werden. Zurzeit finden auf der B 9 wie auch bundesweit intensive Untersuchungen und Verkehrszählungen über den Ausweichverkehr seit Einführung der LKW-Maut statt.

Bei einem Treffen mit der Bürgerinitiative „B9-Raus“ und ihren Sprechern, Marlies Eisen und Helga Bindereif, in Oppenheim, erfuhr der SPD-Abgeordnete erneut von den zunehmenden Belastungen der Anwohner durch den „in unerträglicher Weise“ zugenommenen Lkw-Verkehr. Bereits zuvor hatten sich zahlreiche Anwohner der B 9 an den Parlamentarier gewendet und sich über die Belastungen beklagt.

Deshalb will sich Hagemann nun beim Land Rheinland-Pfalz für vorübergehende und kurzfristig zu realisierende verkehrsentlastende Maßnahmen auf der Grundlage von § 45 der Straßenverkehrsordnung einsetzen. Diese Maßnahmen könnten beispielsweise die verschärfte Überwachung des Nachtfahrverbotes, oder auch dessen Ausweitung, Fahrverbote generell sowie verstärkte Geschwindigkeits- und Verkehrskontrollen im Ortsbereich beinhalten. Der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Hans-Artur Bauckhage hatte Hagemann auf seinen Vorschlag hin, eine intensivere Kontrolle des bestehenden

Lkw-Nachtfahrverbotes anzuweisen, mitgeteilt, dass er im Innenministerium verstärkte polizeiliche Überwachungsmaßnahmen anregen werde.

Im Rahmen einer kleinen Anfrage zum Lkw-Ausweichverkehr, an der Hagemann mitarbeitete, hatte sich der SPD-Abgeordnete gemeinsam mit anderen Parlamentariern bereits an die Bundesregierung gewendet. Ziel der Anfrage ist dabei, die Möglichkeit der Bemannung von Ausweichstrecken für Lkw schnellstmöglich zu nutzen. „Die Ausdehnung der Mautpflicht auf Bundesstraßen ist bereits als Möglichkeit im Mautgesetz berücksichtigt“, betonte Hagemann. Nur auf Grundlage einer eingehenden Verkehrsuntersuchung sollten gegebenenfalls notwendig werdende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, die auch möglichen gerichtlichen Anfechtungen bestehen müssten, sagte Hagemann weiter. Der Abgeordnete wies darauf hin, dass die Bundesregierung durch das Mautgesetz zur Beobachtung der Verkehrsverlagerungen verpflichtet sei und dem Parlament einen Bericht vorlegen müsse.